

Stettiner Zeitung.

N° 253.

Abendblatt. Montag, den 4. Juni.

1866.

Deutschland.

□ Berlin, 3. Juni. Die Friedenshoffnungen, welche sich bisher an die Pariser Konferenzen knüpfen, sind, obgleich schon tief genug stehend, durch die letzten Erklärungen Österreichs am Bunde noch viel tiefer gesunken. Diese Erklärungen gegenüber der Konferenz und deren Friedenszwecken geradezu wie ein Hohn, denn Österreich sagt sich darin von den mit Preußen geschlossenen Verträgen mit düren Worten los und speziell die beabsichtigte Verurteilung der holsteinschen Stände ist Angesichts dieser Verträge von der „N. A. Z.“ mit Recht eine Provokation zum Kriege genannt worden. Was das Wiener Kabinett am Freitag in Frankfurt öffentlich proklamirt hat, war allerdings im Grunde schon vor Monaten vorauszusehen; nichtsdestoweniger bildet es einen Wendepunkt in der Politik des Kaiserstaates, der nicht ohne entscheidende Folgen sein kann und welcher gegenüber in der That die ganze Selbstverleugnung Preußens und das volle Bewußtsein seiner rechtmäßig wie tatsächlich starken Stellung dazu gehört, um noch überhaupt in Verhandlungen zu treten, deren Zweck die Aussgleichung des Konfliktes und die Erhaltung des Friedens ist. Preußen wird dies dennoch thun, und wenn auch allerdings nicht eben mit Friedenshoffnungen, doch mit der festen Zuversicht, daß die Verhandlungen, welches auch immer der Gang und das Resultat derselben sei, schließlich entschieden zu seinem Vortheile ausschlagen müssen. Das gebietendste Erforderniß des Augenblickes für diese Verhandlungen ist aber, daß sie schleinigst beginnen und schnell ganz unzweideutige Resultate liefern. Eine solche Beschleunigung liegt augenscheinlich nicht blos im preußischen, sondern recht eigentlich im allgemeinen Interesse; es ist deshalb auch, wie man vernimmt, bei allen an der Konferenz beteiligten Staaten auf Beileitung gedrungen worden und darf man in Folge dessen jede Bevorzugnis vor Verschiebung bereits als beseitigt ansehen. Speziell Österreich gegenüber wäre jede Verzögerung durchaus vom Uebel, denn je weniger Raum das österreichische Kabinett für Friedensaussichten übrig gelassen hat, um so weniger zu ertragen wäre jetzt ein langes fruchloses Hin- und Herberathen. Dazu kommt noch der Umstand, daß jedes Hinhalten einer Entscheidung der österreichischen Regierung nur Zeit lassen würde, ihre revolutionären Pläne im Herzogthum Holstein zur Thatzache zu machen. Wenn es, wie es scheint, Österreichs Absicht ist, der Brigade Kalk einen Soutien in einer revolutionären Bevölkerung zu verschaffen, so dürfte einer Verwirklichung derselben wohl in Zeiten vorgebeugt werden. — Zu der erwünschten Beschleunigung der Konferenz-Verhandlungen wird jedesfalls auch die Anwesenheit des Grafen Bismarck beitragen. Es wird nämlich auf diese Anwesenheit auch in Paris selber ein großer Werth gelegt, und es darf jetzt als ziemlich feststehend angenommen werden, daß der Ministerpräsident sich in der Mitte dieser Woche dorthin begiebt. — Was die Beschilderung der Konferenz durch Österreich betrifft, so hat diese Macht (wie aus Paris gemeldet ist und wie man hier an kundiger Stelle erfährt) allerdings auf die Einladung der Neutralen zuerst geantwortet: sie müsse fordern, daß bei Besprechung der italienischen Frage die venetianische nicht erörtert und daß das Innehalten dieser Bedingung ihr von den Konferenzmächten bindend zugestellt werde. Da dies nun mit der Ausschließung der italienischen Frage überhaupt offenbar identisch wäre, Österreich auch außerdem die Herzogthümersfrage den Entschließungen des Bundes anheimgegeben hat, die Frage der Bundesreform endlich ohnedies nur in sehr engen Grenzen von der Konferenz debattirt werden kann, so wäre für Österreich das ganze Konferenzprogramm so gut wie vollständig durchstrichen und die Theilnahme Österreichs an der Konferenz würde daher in den letzten Tagen mit Recht überhaupt stark in Frage gestellt. Allein die Kaiserlich österreichische Regierung wird sich wohl überzeugt haben, daß ihr Wegbleiben das Zustandekommen der Konferenz auf keinen Fall gehindert, und man dann in Paris ohne Österreich verhandelt hätte. In Folge dessen scheint man denn in Wien schließlich auf andere Gedanken gekommen zu sein, und muß die Nachricht des in diesen Dingen gut unterrichteten „Mémor. diplomatique“ wohl für richtig angesehen werden: Die österreichische Antwort, die heute in Paris überreicht werden sollte, besage im Wesentlichen, daß Österreich, wenn die Mächte Änderungen des Gebietstandes im Interesse des Friedens für nothwendig hielten, Österreich auf eine freimütige Diskussion über die betreffenden Ansprüche und Rechte eingehen werde. Bezüglich der Persönlichkeit, welche Österreich in Paris zu vertreten haben wird, bestanden in hiesigen unterrichteten Kreisen über die Theilnahme des Grafen Mensdorff noch Zweifel, da es notorischt ist, daß derselbe den größten Widerwillen gegen eine solche Mission hegt. Es hieß daher, daß statt seiner Fürst Esterhazy hingehen würde. Graf Mensdorff scheint jedoch schließlich seine Bedenken beseitigt oder doch zurückgedrängt zu haben, — wenigstens meldet ein Wiener Telegramm der heutigen „Schles. Ztg.“ die vorstehende Abreise des Grafen nach Paris in positiver und detailirter Weise. — Der Rücktritt des Fihen. v. Bodelschwingh, welcher schon seit dem letzten Donnerstage an den Ministerberathungen keinen Anteil genommen, und seine Ersetzung durch Fehn. v. d. Heydt sind vollendete Thatzachen. Der letzte Grund für den Entschluß des Hrn. Bodelschwingh, den man in allen beheiligten Kreisen mit dem tiefsten Bedauern aus seiner wichtigen Stellung scheiden sieht, ist in der That die wirkliche Erschütterung seiner Gesundheit. Daß zu dem Entschluß schwere Sorgen und manche innere Kämpfe wegen der in dieser verhängnisreichen Zeit einzuschlagenden Wege mitgewirkt haben mögen, wird ja Niemand in Abrede stellen; nur darf versichert werden, daß ein Konflikt über irgend eine positive Frage nicht vorgelegen hat, und eine Ausdeutung des Ereignisses in dieser Richtung dürfte der Opposition schwer werden. Gegen die Wahl seines Nachfolgers werden sich

die bekannten Animositäten ohne Zweifel von allen Seiten wieder geltend zu machen suchen; in wie hohem Grade aber gerade Frhr. v. d. Heydt der Mann ist, um in der jetzigen Situation an der Spitze der Finanzverwaltung zum Segen Preußens zu wirken, ist einer eingehenderen Erörterung wertb, die ich mir für meine nächste Berichterstattung auffpare. — Betreffs der Urwahlen steht es nach Maßgabe der beim Ministerium des Innern von den Provinzialbehörden eingegangenen Berichte nunmehr fest, daß dieselben nicht schon zum 18. d. M. stattfinden können, sondern daß der Termin noch auf mehrere Tage hinausgeschoben werden muß.

— Der „Köln. Z.“ wird aus Berlin, 3. Juni, telegraphiert: „Die österreichische Antwort, ohne ausdrücklich die Diskussion Bevollens auszuschließen, soll von so vielen Erklärungen und Vorbehalten begleitet sein, daß sie in Paris, Petersburg und Berlin als eine indirekte Ablehnung angesehen wurde. Preußen wird wahrscheinlich den Mächten erklären oder soll schon erklärt haben, daß, wenn Österreich auf jene Antwort hin zum Kongreß zugelassen werde, Preußen seinerseits Vorbehalt zu machen veranlaßt sein würde. Österreich ist dadurch tatsächlich in die Lage versetzt, entweder seine Antwort zurückzuziehen und einfach die Konferenz anzunehmen, oder die Verantwortlichkeit für die Folgen zu tragen; und: „Preußen wird, wie man glaubt, unbeschadet der Vorbehalte, welche Österreichs Reserven seinerseits veranlassen könnten, den Kongreß, wenn er zu Stande kommt, jedenfalls beschicken. Bayern soll in Wien lebhaft arrathen, die Konferenz einfach anzunehmen. Die Reise des österreichischen Gesandten in München, Grafen Blome, nach Wien soll damit zusammenhangen.“ Ferner: „Se. Maj. der König empfing heute den aus Petersburg eingetroffenen russischen General Sievers und den italienischen General Govone, welcher aus Turin hieher zurückkehrte, ferner den Stab der zweiten Armee, so wie die Generale und Regiments-Kommandeure der austretenden Garde-Regimenter. — Herr Minister von Bodelschwingh soll, nachdem er sein Portefeuille an Herrn v. d. Heydt abgegeben, zum Ober-Präsidenten der Provinz Westfalen bestimmt sein.“

Berlin, 3. Juni. Se. Maj. der König fuhr gestern Morgens $\frac{1}{2}9$ Uhr, begleitet von dem Flügel-Adjutanten, Oberstleutnant v. Stiehle, nach Spandau, besichtigte daselbst an der Seite H. R. H. des Kronprinzen, der Prinzen Friedrich Karl, Albrecht Sohn, Alexander, des Prinzen August von Württemberg, sowie des General-Feldmarschalls Grafen v. Wrangel, der Generalität u. das 4. Garde-Regiment z. F., nahm einige Militär-Etablissements in Augenschein und lehrte Mittags in der Begleitung Sr. R. H. des Kronprinzen auf dem rechten Spree-Ufer am neuen Kanal entlang nach Berlin zurück. — Gleich nach der Ankunft ertheilte der König dem Kommandeur des Johanniter-Ordens, Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, welcher sich vor seiner Abreise nach Breslau, woselbst ein Mittertag der schlesischen Genossenschaft abgehalten werden soll, verabschiedete, eine Audienz, empfing demnächst mehrere Militairs, im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadt-Kommandanten v. Alvensleben, und arbeitete darauf mit dem Kriegsminister v. Nooni und den Generälen v. Moltke, v. Alvensleben, v. Tresckow. Nachmittags hatten der Geh. Kabinettsrat v. Müller, der Geh. Hofrat v. Borch und der Ministerpräsident Graf Bismarck Vortrag und machte der König nach dem Diner noch eine Ausfahrt.

— Ihre Maj. die Königin-Wittwe hatte gestern mehrere hochgestellte Personen, unter ihnen den Präsidenten a. D. v. Kleist und den Grafen Styrum zur Tafel geladen.

— Se. R. H. der Kronprinz, welcher gestern Nachmittag auf der Eisenbahn von hier nach Potsdam zurückkehrte, wird, wie verlaaut, schon in den nächsten Tagen mit dem Stabe von hier nach Breslau abgehen. Die betreffenden Militärs werden sich im Laufe des heutigen Tages bereit anmelden.

— Wie das „Breslauer Kreisblatt“ mittheilt, wurde während der Anwesenheit Sr. Königl. Hoh. des Kronprinzen in Breslau dem zur Tafel befohlenen Landrat v. Roeder ein von dem Königl. Kammerherrn v. Krauer auf Gr.-Süding verfaßtes Schreiben überhandt, worin er esucht wurde, im Namen und im Auftrage sämtlicher zur Kreis-Vereinigung versammelten Stände und Bewohner des Breslauer Kreises Sr. Königl. Hoheit die Gefühle die unfehlbarigsten Ergebnisse auszusprechen, mit der Versicherung, daß, was auch die Zukunft Schwere bringen möge, der Breslauer Kreis mit Gut und Blut für unser über alles verachtetes Königshaus in lanterner Treue eintreten und verharren will und zu allen Opfern bereit sein würde, die zur Erhaltung preußischer Ehre gefordert werden könnten. Als der Landrat v. Roeder nach erhaltenem Erlaubsniß diese Gefühle der Kreisbewohner ausgesprochen und dabei hervorgehoben hatte, daß die Kreis-Vereinigung von Männern aller Parteien besucht gewesen und doch kein Einziger darunter gewesen sei, der sich nicht mit Begeisterung zu hingebendem treuen Opfermuthe bekannt habe — erwiederte Se. Königl. Hoheit, nachdem er freundlich gedankt hatte, ungefähr Folgendes: Wenn der Krieg nicht mehr vermieden werden könnte, dann sei es ihm eine besondere Freude, daß er von Sr. Majestät dazu bestimmt sei, sein liebes und treues Schlesien zu vertheidigen und vertheidigen sollte er es mit Gottes Hülfe ganz gewiß; sein inzigster Wunsch sei es, daß er diese Aufgabe mit möglichst wenigen Opfern durchführen könne.

— Im auswärtigen Amt wurde gestern Abends eine mehrstündige Minister-Konferenz abgehalten. Vorher hatte der Ministerpräsident den aus Kopenhagen hier eingetroffenen Königl. Gesandten v. Heydebrand u. d. Lasa empfangen.

— Die „Pos. Ztg.“ schreibt zu dem Gerücht, daß der Finanzminister v. Bodelschwingh zurücktreten werde. Es sollen gleichzeitig mit dem Oberbürgermeister Seidel Verhandlungen wegen

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.;
für Preisen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

Übernahme des dadurch erledigten Minister-Portefeuilles angeknüpft werden sein.

— Wie die „Kr.-Z.“ hört, werden die Garde-Regimenter vom Montag an austreten, zunächst auf nahelegende Dörfer.

— (Publicist.) Der General-Lieutenant v. Moltke, Chef des Generalstabes der Armee, einer der intelligentesten und hervorragendsten Offiziere, welcher in letzterer Zeit zu wiederholten Malen an den Militärschungen im Königl. Palais Theil nahm, soll unter Ernennung zum General mit dem Kommando eines der mobilen Armeekorps betraut werden.

— Der hiesige Bankier Karl Abt, in Firma Karl Abt u. Co., hat seine Zahlungen eingestellt.

— Die Reservisten und Landwehrmänner, welche sich im Auslande befanden, sind dem Ruf zu den Fahnen mit großer Bereitwilligkeit gefolgt. Sie sind dabei von den auswärtigen Regierungen auf das entgegenkommendste unterstützt worden. Die russische Regierung hat die Einberufenen, soweit diese es wünschten, bis zur Grenze auf Kosten des Staates befördert.

— Wie dem „H. C.“ von hier telegraphiert wird, ist der ehemalige Polizeirath Stieber zum Generaldirektor der Polizei im Hauptquartier der schlesischen Armee ernannt.

Berlin, 2. Juni. Die „Kr.-Z.“ schreibt: Uns wird geschrieben: Die Antwort des Wiener Kabinetts auf die Einladung zum Kongreß in Paris läßt eine Theilnahme Österreichs an demselben nicht erwarten. Es hat Bedingungen gestellt, von deren vorgängiger Annahme durch die übrigen Kongressmächte seine Beschilderung des Kongresses abhängig gemacht wird. Zu diesen gehört die Forderung des Ausschlusses der venetianischen Frage von den Gegenständen der Kongressverhandlungen. Es ist nicht daran zu denken, daß die Großmächte darauf eingehen werden. Daß Österreich überhaupt keine Neigung hat, den Kongreß zu beschicken, geht schon aus seiner gestrigen Erklärung am Bunde hervor, durch welche es die schleswig-holsteinische Frage, welche einen zweiten Gegenstand für den Kongreß bildet, gleichzeitig am Bunde unabhängig gemacht hat. Für den Kongreß würde dann nur noch die deutsche Reformfrage übrig bleiben, welche selbstverständlich wenig Seiten zur Behandlung für die auswärtigen Mächte darbietet.

— Das Bankhaus Gebr. Schidler hat, nach der „N. Ztg.“, dem Magistrat die Anzeige zugehen lassen, daß es, wenn von der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag auf Nichtannahme der Darlehnskassenscheine angenommen werden sollte, seine Verbindung mit der Stadtbaukasse auflösen müsse, weil es sich der Annahme der Darlehnskassenscheine nicht entziehen könne. Zugleich mit einer Abschrift dieses Schreibens war gestern auf der Börse eine Erklärung zur Unterschrift aufgelegt, worin die Unterzeichner sich verpflichten, Darlehnskassenscheine unter allen Umständen für voll in Zahlung zu nehmen. Die Auslegung dieser Erklärung war, wie man sagt, von der Firma Plaut ausgegangen, und Mendelssohn, die Distontogesellschaft und andere Firmen standen unter den Unterzeichnern.

— In Wesel ist für die Leute der Militär-Strafabteilung eine Amnestie erfolgt, indem 24 Straflinge, welche längere oder kürzere Freiheitsstrafen zu verbüßen hatten, diese Strafen erlassen worden sind. Die Amnestierten sind nur solche, welche nicht wegen entlehrer Verbrechen bestraft waren, also nur Insubordinationswidrig, und sind sofort per Marschroute zu ihren resp. Truppentheilen gesandt, wo sie die noch an ihrer gesetzlichen Dienstzeit fehlende Dauer nachzudenken haben.

Glogau, 31. Mai. Von dem Grafen Dohna auf Kobenau bei Glogau, welcher, nachdem er früher wegen Krankheit abgelehnt, jetzt aufs Neue seitens der liberalen Partei als Kandidat für das Abgeordnetenhaus an Stelle des Abgeordneten Bassegne in Aussicht genommen ist, wird in der „Schles. Z.“ eine Ansprache veröffentlicht, welche die politische Lage bespricht. Graf Dohna sagt, die liberale Partei solle das schwere Opfer bringen, das anzuerkennen, wogegen sie jahrelang gekämpft habe, nämlich die Armee-Reorganisation; dagegen aber solle sie fordern: 1) Rücktritt der jetzigen Minister und Ernennung solcher, welche das volle Vertrauen des Volkes besitzen. 2) Eine Reform des Herrenhauses. 3) Ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, welches nicht eine scheinbare, sondern eine reale Verantwortlichkeit der Minister begründet. 4) Vollständige Sicherstellung des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses.

Aus Breslau, 1. Juni, schreibt die „Br. Z.“: Bis Ende Mai haben sich über tausend Frauen der einberufenen Berserken und Landwehrmänner als der Unterstützung bedürftig auf dem hiesigen Rathause gemeldet, und werden für die Frau 1 Thlr. 10 Sgr. und pro Kind 15 Sgr. monatlich gezahlt. Es ergibt dies bei einer Durchschnittszahl von 1 Kind und bei 1000 Frauen eine Summe von 1833 Thlr. 10 Sgr.

Wie man der „Schl. Z.“ aus Hirschberg schreibt, ist in Neuwall auf der böhmischen Grenze eine Anzahl Kaiserlicher Jäger eingetroffen, aber nicht in kriegerischen Absichten gegen Preußen, sondern zum Schutz der dortigen Fabriken gegen die einheimische Bevölkerung.

Aus Oberschlesien, 1. Juni. Der „Schl. Z.“ wird folgendes mitgetheilt: Vor Kurzem kam ein österreichischer Infanterist von Josephstadt nach dem nächsten preußischen Grenzdorfe Brzeszno bei Lewin und meldete sich bei dem Ortschulzen. Raum hatte derselbe seine Sachen abgegeben, so traten auch schon einige österreichische Gendarmen in das Zimmer des Schulzen und verlangten die Auslieferung des Deserteurs. Der Ortschulze verwies die Beamten an den Polizeiverwalter, der von der Sache mittlerweile in Kenntniß gesetzt worden war und auch bald erschien. Der Polizei-Verwalter gab die Auslieferung nicht zu, sondern schickte den Deserteur nach Feststellung seiner Personalien unter Eskorte

